

Waffen

Mobilmachung der Frauen

Weil die Rüstungsfirmen mehr exportieren wollen, soll der Bundesrat die Ausfuhr in Bürgerkriegsländer ermöglichen. Eine ungewöhnliche Frauenallianz leistet Widerstand.

Gregor Poletti

Das Schweizer Stimmvolk lehnte 2009 ein Verbot von Kriegsmaterialexporten wuchtig ab. Auch, weil die Regeln für die Ausfuhr von Rüstungsgütern kurz zuvor verschärft wurden. Seither hat der Wind gedreht: Bereits 2014 lockerte die Landesregierung im Auftrag des Parlaments die Regeln wieder. Schweizer Rüstungsfirmen dürfen Kriegsmaterial in Länder exportieren, in denen Menschenrechte verletzt werden. Im April 2016 erfolgte die nächste Aufweichung der Kriegsmaterialverordnung: Das Verbot, Rüstungsgüter in Länder zu liefern, die in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind, soll nur noch dann gelten, wenn im Empfängerland selbst ein interner bewaffneter Konflikt herrscht. Damit wurden Waffenlieferungen etwa nach Saudi Arabien wieder möglich.

Jetzt bahnt sich eine weitere Lockerung der Exportbestimmungen an. Auf Druck der Rüstungsindustrie und nach einem intensiven Lobbying bei den Sicherheitspolitikern des Ständerates ist der Bundesrat bereit, auch den Export in Bürgerkriegsländer zu prüfen. Man habe Verständnis für das Anliegen der Industrie, heisst es bei den zuständigen Departementen für Wirtschaft, Verteidigung und Äusseres.

Sechs Frauen, sechs Parteien

Diese Ankündigung hat sechs Frauen aus sechs verschiedenen Parteien aufgeschreckt. «Wir wollen mit dem gemeinsamen Vorgehen lautstark auf unsere grossen Bedenken gegenüber einer Lockerung der Kriegsmaterialverordnung aufmerksam machen», sagt Initiantin Priska Seiler Graf, Zürcher SP-Nationalrätin. Unter dem Titel «Kriegsmaterialverordnung nicht demontieren» verlangen sie kommenden Montag in der Fragestunde Auskunft zum umstrittenen Geschäft. Seiler Graf befürchtet insbesondere, dass der Bundesrat damit die Anliegen der Rüstungsindustrie stärker gewichtet als die humanitäre Tradition der Schweiz.

Unter den sechs Frauen findet sich mit Natalie Rickli auch eine SVP-Nationalrätin. Sie betont, dass man als neutrales Land hier keine neuen Unsicherheiten schaffen sollte: «Die angedachte Ausweitung schießt über das Ziel hinaus.» CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer weist auf den zweiten Punkt der geplanten Änderung hin. Rüstungsfirmen hatten in einem Brief an die Mitglieder der Sicherheitspolitischen Kommission verlangt, dass Ausfuhrbewilligungen nicht wie bisher eines, sondern zwei Jahre gültig sind. Das geltende Gesetz sehe bewusst vor, dass der Bundesrat ein



Schweizer Sturmgewehre sollen künftig auch in Bürgerkriegsländer exportiert werden können. Foto: Martin Ruetschi (Keystone)

Exportgeschäft stoppen könne, wenn sich die Lage in einem Land ändere, betont Schmid-Federer.

Nebst Seiler Graf, Rickli und Schmid-Federer sind die Grüne Sibel Arslan, die Grünliberale Kathrin Bertschy und die BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti Teil der ungewöhnlichen Allianz. Letztere ärgert sich darüber, dass die Landesregierung unter dem federführenden Departement von Johann Schneider-Ammann überhaupt eine solche Verord-

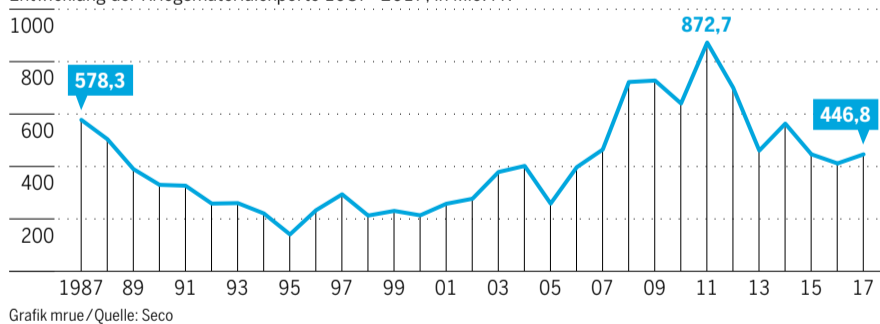
nungsänderung prüft: «Man kann doch in der heutigen Weltlage nicht ernsthaft in Erwägung ziehen, Rüstungsgüter in Länder mit internen Konflikten auszuführen.» Dass die Verordnung am Parlament vorbeigeschmuggelt werden könnte, beschäftigt über die Allianz hinaus. So will SP-Nationalrätin Chantal Galadé diese Unsicherheit in der Sicherheitspolitischen Kommission klären.

Eine FDP-Politikerin ist bei der Allianz nicht vertreten. Das überrascht in-

sofern nicht, als 2014 die FDP-Nationalräte geschlossen für die damalige Lockerung votierten. Nationalrätin Corina Eichenberger, Co-Präsidentin des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik, betont, dass es aus sicherheitspolitischen Gründen wichtig sei, dass die Schweiz eine starke Rüstungsindustrie habe. Zudem bezweifelt sie, dass zur Diskussion stehende Güter wie etwa Luftabwehrsysteme gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden könnten.

Wieder mehr Rüstungsgüter exportiert

Entwicklung der Kriegsmaterialexporte 1987–2017, in Mio. Fr.



Grafik mruw/Quelle: Seco

Schweizer Unternehmen haben 2017 Kriegsmaterial im Wert von 446,8 Millionen Franken in 64 Staaten verkauft – im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 8 Prozent, nachdem die Exporte zuletzt jahrelang sanken. Der Anteil an den gesamten Exporten des Landes betrug knapp 0,2 Prozent, wie aus der gestern publizierten Statistik des Staatssekretariats für Wirtschaft hervorgeht. Die drei Hauptabnehmer waren Deutschland, Thailand und Brasilien. Knapp die Hälfte aller Ausfuhren ging nach Europa – Tendenz sinkend. Über ein Viertel der Lieferungen entfällt auf Asien. (SDA)

Pro-Tell-Präsident tritt per sofort zurück

Ex-Brigadier Hans-Peter Wüthrich hat seine sofortige Demission als Präsident der Waffenlobby-Organisation eingereicht. «Wir bedauern den Rücktritt sehr», sagt Pro-Tell-Generalsekretär Robin Udry. Wüthrich sei zum Schluss gekommen, das Amt sei zu zeitaufwendig und mit seinen übrigen Aktivitäten nicht zu vereinbaren. Der 70-jährige Wüthrich ist Inhaber einer Beratungsfirma und war gestern nicht erreichbar. Gemäss Udry ist der Mitgliederbestand von Pro Tell in den acht Monaten unter Wüthrich von 8700 im Juni auf momentan 12000 gestiegen: «Wüthrich hat mit enormem Einsatz aus Pro Tell eine professionell geführte Organisation gemacht.» Interimistisch werden die Geschäfte durch den Vizepräsidenten geführt, den Walliser SVP-Nationalrat Jean-Luc Addor. Pro Tell kämpft derzeit mit Vehemenz gegen die geplante Revision des Waffenrechts. (daf)

Nationalrat fordert bewaffnete Bürger

In den USA will Donald Trump Lehrer bewaffnen. In der Schweiz gibt es noch weiter gehende Pläne.

Raphaëla Birrer

17 Tote und die immer gleiche Frage: Wie kann das verhindert werden? Nach dem Amoklauf an einer Highschool in Florida vor zwei Wochen schlug US-Präsident Donald Trump als Lösung vor, die Lehrer zu bewaffnen. Die Idee hat auch in der Schweiz Fürsprecher. Neben Daniel Wyss, Präsident des Büchsenmacher- und Waffenhändlerverbands, kann sich SVP-Nationalrat Jean-Luc Addor eine solche Massnahme ebenfalls vorstellen.

Die Lehrer zu bewaffnen – das passt in eine noch viel weiter gehende Forderung des Wallisers, der zurzeit die Waf-

fenlobby-Organisation Pro Tell interimistisch führt. In einer parlamentarischen Initiative, die der Nationalrat in den nächsten Tagen behandeln wird, verlangt Addor, dass in der Schweiz auch gewöhnliche Bürger in der Öffentlichkeit Waffen tragen dürfen – bei entsprechender Schulung im Schiessverein. Heute muss dafür ein Schutzbedürfnis ausgewiesen werden, weshalb fast nur Ordnungskräfte wie Polizisten oder Grenzbeamte dazu berechtigt sind.

«Unter gewissen Umständen tragen bewaffnete Bürger zur Sicherheit bei, da die Ordnungskräfte nicht überall sein können», sagt Addor, der in der Vergangenheit wiederholt provoziert hat, etwa mit der Forderung nach der Todesstrafe für gefährliche Wiederholungstäter.

Die «Umstände» umschreibt er im Vorstoss mit dem «molekularen Krieg», den Terroristen in den Nachbarländern führten und auf den sich auch die

Schweiz vorbereiten müsse. Im Konzertsaal oder auf der Cafétterasse: Die Anwesenheit bewaffneter Bürger garantiere bei Attentaten ein sofortiges Eingreifen. Addor verweist auf Tschechien, wo drei Prozent der Bevölkerung vor demselben Hintergrund eine Bewilligung zum Waffentragen hätten.

Addors Vorstoss fand Unterstützer im ganzen bürgerlichen Lager. Die vorberatende Kommission lehnte ihn jedoch mit 22 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab. Sie sei überzeugt worden, dass dadurch die Sicherheit bei einem Anschlag nicht erhöht würde, weil die Polizei «Freund und Feind» nicht unterscheiden könne, sagt Präsident Werner Salzmann (SVP), der den Vorstoss auch unterzeichnet hatte. Dieser ist im Kontext des revidierten Waffengesetzes zu lesen: Der Waffenlobby gehen die geplanten Anpassungen im Zuge der verschärften EU-Waffenrichtlinie zu weit.

Bischof verklagt Kirche

Das Bistum Chur geht vor Bundesgericht, weil die Landeskirche Graubünden eine Sexberatungsstelle unterstützt.

Brigitte Walser

Das Bistum Chur stört sich schon lange daran, dass die katholische Landeskirche von Graubünden die Organisation Adebar finanziell unterstützt. Der Konflikt wird nun vor dem Bundesgericht enden.

Adebar ist die Beratungsstelle für Familienplanung, Sexualität, Schwangerschaft und Partnerschaft für den Kanton Graubünden. Seit über vierzig Jahren bietet sie in Chur Beratungen an bei Fragen im Bereich der sexuellen Gesundheit. Sie ist als gemeinnütziger Verein organisiert, bezeichnet sich als politisch und konfessionell neutral und wird gemäss Website durch Beiträge des Kantons Graubünden, der beiden Landeskirchen sowie durch Mitglieder-, Honorar- und Spendenbeiträge finanziert.

Das von Bischof Vitus Huonder geleitete Bistum kritisiert, dass die Landeskirche mit Adebar eine Organisation unterstütze, deren Tätigkeiten zu einem grossen Teil nicht mit dem katholischen Glauben vereinbar seien. So seien Abtreibungen in der Beratungstätigkeit von Adebar eine legitime Option. Die Beratungsstelle wirke gar aktiv an Abtreibungen mit, weil sie für Schwangere unter 16 Jahren Beratungsgespräche anbiete, die für eine Abtreibung vorausgesetzt werden, so das Bistum Chur. Ausserdem vertrete die Organisation Positionen zur Verhütung, künstlichen Befruchtung und sexuellen Aufklärung, die dem katholischen Glauben widersprächen.

Adebar-Geschäftsleiterin Susanna Siegrist sagt dazu: «Wir beraten neutral und informieren über die gesetzlichen Bestimmungen. Unser Ziel ist die Aufklärung, denn dank guter Sexualpädagogik bleibt die Zahl der Abtreibungen tief.» Adebar bietet die Beratungen zu Familienplanung und Schwangerschaft kostenlos an.

Beiträge seit Jahren eingefroren

Die katholische Landeskirche Graubünden hat die Beratungsstelle mit jährlich 15 000 Franken unterstützt. Seit 2012 wehrt sich das Bistum gegen diese Unterstützung, seither sind die Beiträge eingefroren. Giuseppe Gracia, Medienbeauftragter des Bistums Chur: «Es geht uns nicht um die Höhe des Betrags, sondern um die Frage, ob unter dem Label «katholisch» etwas finanziert werden darf, das gegen den katholischen Glauben verstösst.» Man erachte den Gang ans Bundesgericht «als Ultima Ratio in einer Frage, welche die Religionsfreiheit der katholischen Kirche betrifft», schreibt das Bistum in seiner gestrigen Medienmitteilung.

Die katholische Landeskirche Graubünden jedoch hält an ihrer Haltung fest: Die Beratungsstelle Adebar leiste wertvolle Arbeit, der Beitrag sei gerechtfertigt. Die Kirche hatte allerdings verlangt, dass das Geld nicht für Beratungen über Abtreibungsmethoden verwendet wird. An dieser Haltung habe sich nichts geändert, sagt Thomas M. Bergamin, Präsident der Verwaltungskommission. Dass das Bistum ans Bundesgericht gelange, habe man erwartet. Die Landeskirche habe bisher recht erhalten, und er gehe davon aus, dass das auch für das Urteil des Bundesgerichts gelte, so Bergamin.

Wie die Verantwortlichen des Bistums mitteilen, ist ihre Beschwerde gegen die finanzielle Unterstützung bereits von der Rekurskommission der Landeskirche abgelehnt worden und fand schliesslich auch beim Bündner Verwaltungsgericht kein Gehör. Nun wünsche man sich vom Bundesgericht eine abschliessende rechtliche Klärung.



Vitus Huonder
Bischof des
Bistums Chur